



Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21.

Charlottenburg, Freitag, den 24. Mai 1918.

Jahrg. 45.

Wie kann eine Wohnungsfatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der gesetzlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: Wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der sittlich-widrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 25 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen offenkundigen Mißständen: wie Schlafgängerwesen, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw. werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Ueberswertung des Baugrundes und der Wohngebäude, sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauwesen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen, daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungsgesetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesetzlichen Faktoren, wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden, hier tatsächlich durch Schaffung zuter Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Häuserpekulation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erschließung von Baustraßen und Darlehen von billigen Baugeldern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelleistungen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notdürftige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinsiedlungen und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Stagengebäude zuzulassen. Nicht das Stagengebäude an sich mit seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraumes und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestattet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten, wird das Stagen- oder Dreitreppenhaus immer keinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölke-

rung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten wird das Stagenhaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszuschließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefährlich auf alle Fälle, auch als Notbehelf zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhlenbewohner“ endlich vorüber ist. Zu den bekannten sittlichen Schäden des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Ledigenheimen für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde. —

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsnachfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusorischen Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon voraussichtlich, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neuhergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Enttadlung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungsträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Proz. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfs hin. Hierzu ist auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Hellingrath zu dieser Frage äußerte; er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leicht-

bauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsmitteln nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterkünften usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbrocken, altem Lattenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Bauachleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Uebergangswirtschaft“, von dem Königl. Baurat Höpfer in Kassel im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Uebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Uebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum $800\,000 + 8 \times 150\,000 = 2$ Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Höpfer nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf 8000 Mk. anzusetzen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach anderen Fachleuten vor dem Kriege für Wohnhausbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Bauland mit Gartenfläche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf $5\frac{1}{2}$ Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen eine Milliarde, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Kubikmeter, an geschnittenem Bauholz auf $1\frac{3}{4}$ Millionen Kubikmeter, usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierungen sein müssen, ohne Zögern der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als geebnet angesehen werden, eine Wohnungsstatastrophe zu verhindern!

G. Heintz.

Gewehr bei Fuß.

Nach bald vier Jahren Krieg ist es verständlich, daß die Erörterung von Friedensproblemen immer stärker wird. Mit Genugtuung kann wohl auch konstatiert werden, daß außer unseren Alldeutschen in Deutschland niemand mehr an einer Fortsetzung des Krieges Interesse hat. Es sei denn, die Kurzsichtigkeit unserer Gegner läßt eine Fortsetzung dieses Ringens nicht zu. Besonders die Arbeiterklasse, die ja schon bei Ausbruch des Krieges angefangen hat, für seine Beendigung zu wirken, sehnt heiß den Frieden herbei.

Die Konsequenz daraus haben es auch die berufenen Vertreter der Arbeiterklasse sich nicht nehmen lassen, neben der gewaltigen aus dem Krieg geborenen Gegenwartsarbeit mit weitem Blick an die Zukunft zu denken. Und dies war nötig. Jeder Tag läßt es von neuem erkennen, daß alle Aufopferung der Arbeiter während dieser schweren Zeiten nicht vermochte, die Gegensätze zwischen den Parteien zu überbrücken. Besonders auf wirt-

schaftlichem Gebiete können unsere Gegner sich nicht daran gewöhnen, in den Arbeitern einen gleichwertigen Faktor anzuerkennen.

Die Folgerungen, die wir daraus ziehen müssen, sind unklar zu erkennen, und die Berichte vieler Gewerkschaften zeigen uns, daß sie erkannt wurden. Hunderttausende haben jedoch trotz der Erkenntnis die Konsequenz daraus noch nicht gezogen. Unter diesen letzteren aber sind Tausende, für die wir als feinkeramische Arbeiter besonderes Interesse haben.

Unsere Gewerkschaft gehört mit zu den wenigen, die nicht über einen größeren Machtzuwachs während des letzten Kriegsjahrs berichten kann, die Gründe hierfür sind wohl verschiedener Art, doch keineswegs stark genug, um verständlich zu erscheinen. Der Mangel an Funktionären jeder Art in den Zahlstellen ist einer jener Gründe. Alle kleinen Verbände werden hierdurch naturgemäß stärker betroffen als die größeren. Einen tiefen Grund glaube ich aber noch zu erkennen. Mir scheint, viele unserer Kollegen wännen, unsere Gewerkschaft sei den Verhältnissen in unserer Industrie nicht mehr gewachsen. Nichts wäre aber für die Zukunft unserer Kollegen gefährlicher, als solch eine Selbstverleugnung.

Seit vielen Jahren haben wir den Beweis erbracht, daß wir gar nicht daran denken, den Gesetzen der Entwicklung entgegenzuwirken. Im Gegenteil, die Leipziger Tagung hat gezeigt, daß gerade unser Vorstand glaubt, den keramischen Industriearbeitern verband schon damals aus der Laufe heben lassen zu können. Wir mußten erkennen, daß seine Zeit noch nicht gekommen war. Doch sie wird kommen, es sei denn, daß der Krieg uns andere Entwicklungsbahnen gewiesen, wofür ich aber von hier noch keine Anzeichen erkennen kann. Sei dem aber wie ihm sei, auf keinen Fall können wir doch nun uns in Misgunst ergehen und uns unserem Geschick überlassen. Dadurch hemmen wir ja doch die Entwicklung. Nur die Koalition mit stark pulsierendem Leben wird die richtigen Wege zu der eventuell notwendig werdenden höheren Organisationsform finden.

Bis zur Erreichung dieses Zieles müssen wir aber unsere Berufsorganisation zu kräftigen versuchen. Sie, die schon so manchen Not von unseren Kollegen gebannt, die es in den verflochtenen 20 Jahren verstanden hat, die Interessen unserer Kollegen mit Erfolg zu vertreten, wird auch in der nächsten Zukunft sich den Verhältnissen gewachsen zeigen. Gewiß, es gibt noch fürchtbar viel zu tun, um zu erreichen, daß unsere Kollegen Verdienste erzielen, die man als Reallöhne ansprechen kann.

Der Versuch unseres Vorstandes, das Einkommen unserer Kollegen durch zentrale Verhandlungen zu erhöhen, ist gescheitert. Wer trägt die Schuld daran? Unsere Gewerkschaft resp. deren Leitung? Nein! Von dieser Seite ist das Menschenmögliche getan worden, um unseren Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Um ein Recht unserer Kollegen handelt es sich aber bei diesen Forderungen, denn die jetzigen Verkaufspreise für keramische Erzeugnisse stehen in solch tristem Widerspruch zu den Stückpreisen und Löhnen in unserer Industrie, daß von einer ehrlichen Bewertung der Arbeit nicht gesprochen werden kann.

Also sind die Unternehmer schuld? Sie haben uns nur zu erkennen gegeben, daß sie die Alten geliebt sind. Uebrigens sollen ja die Löhne nach ihnen fortgesetzt gestiegen sein. Wie oft wird die Deffentlichkeit diese Redensart noch entgegennehmen müssen? Daß überhaupt noch keine Erhöhungen stattgefunden haben, ist von uns noch nie behauptet worden. Wir müssen aber eine zum Leben ausreichende Entlohnung erstreben. Wie diese jetzt aussieht, erfahren wir vor etlichen Monaten aus dem Urteil eines schlesischen Schlichtungsausschusses. Dieser gestand einem qualifizierten Porzellanarbeiter den Abwehrschein zu, weil er eine wesentlich besser bezahlte Stellung als Gemeindearbeiter bekommen konnte. Dieses Urteil spricht für sich. Was die Unternehmer aber als genügende Bezahlung betrachten, erfahren wir aus Thüringen. Mit beispielloser Offenheit wurde dort ausgesprochen, daß es doch nicht angängig sei, Porzellanarbeitern die jetzt in anderen Berufen üblichen Löhne zu zahlen. Also die Unternehmer sind sich nur konsequent geblieben. Es ist ja vielleicht sehr kurzsichtig gehandelt, jetzt nach vier Jahren Krieg einen solchen Herrnhäuser-Standpunkt zu erkennen zu geben; doch die Sucht nach möglichst hohen Gewinnen läßt für solche Bedenken keinen Raum.

Uns aber zeigt der Gang dieser Bewegung erneut, daß, wollen wir beim Verkauf unserer Arbeitskraft über den zu zahlenden Preis mitbestimmen, wir auf unser köstlichstes Recht, auf unsere Koalition, nicht verzichten können. Die Tatsache, daß Tausende unserer Kolleginnen und Kollegen noch immer darauf verzichten, ist in erster Linie schuld daran, daß unsere Forderungen noch nicht erfüllt sind. Die Kollegen aber, die während des Krieges glaubten, uns den Rücken lehren zu müssen, mögen den ungeheuren Fehler erkennen, den sie damit begangen haben und sich wieder in Reih und Glied stellen.

Sind denn die aufgestellten Forderungen zu hohe? An den heutigen Preisen, die für alles zum Leben Notwendige gezahlt werden müssen, gemessen, sind die dann zu erzielenden Verdienste noch ganz unzulänglich. Aber auch wenn wir nur die Verhältnisse unserer Industrie in Erwägung ziehen, kann man diese Forderungen nur als recht bescheidene ansprechen.

Es soll hier nicht auf die in anderen Berufen zu erzielenden Verdienste hingewiesen werden. Die Kenntnis von der gewaltigen Spannung zwischen jenen und den in unserem Berufe üblichen setzt voraus. Doch auf die Ansicht eines jetzt vielgenannten Mannes möchte ich hinweisen. Nachdem er den Abbau der jetzt vielfach auf das „Vierfache“ gestiegenen Löhne nach dem Kriege als „selbstverständlich“ voraussetzt, glaubt Walthar Rathenau („Die neue Wirtschaft“) bei seinen Abhandlungen über die künftige Mehrbeschäftigung der Wirtschaft eine Aufbesserung der Arbeitslöhne um 50 Prozent annehmen zu können. Hiermit vergleiche man unsere Forderungen und das Verhalten unserer Unternehmer gegen dieselben.

Von einem Nachgeben unsererseits kann keine Rede sein. Durch das Verhalten der Unternehmer gezwungen, müssen wir nun eine andere Taktik einschlagen, doch die verlangten Verbesserungen dürfen wohl nunmehr zu Minimalforderungen werden.

Jetzt müssen unsere Kollegen im ganzen Reich den Porzellanarbeitern zeigen, daß sie sich in „ihren Arbeitern“ verrechnet haben.

Ueber eine möglichst lückenlose Organisation in allen feinterrichtlichen Betrieben muß der Porzellanarbeiterverband in der nächsten Zeit berichten können. Dann werden die Herren Industriellen unseres Berufes erkennen müssen, daß der Krieg doch die Verhältnisse gewandelt hat, daß unsere Zeit gebieterisch erheischt, den Arbeitern gerecht zu werden.

Und dann müssen unsere Kollegen das Erreichte sichern. Das obige Zitat enthält in seinem ersten Teil nichts neues. Die Scharfmacher im Unternehmerlager haben schon seit langem dafür gesorgt, daß im gegebenen Augenblick mit dem Abbau der Löhne begonnen werden kann. Wehe den Arbeitern des Berufes, dessen Organisation dann nicht fähig ist, zu mobilisieren, um die ihr zugeordneten Schläge abzuwehren zu können. Sie werden auf Jahre dem Elend preisgegeben sein. Dem vorzubeugen, ist unsere heiligste Pflicht. Darum versuche jetzt, gerade jetzt, jede Kollegin und jeder Kollege, ein Werber für unseren Verband zu sein. Die nach Kriegsschluß aus dem Felde heimkehrenden Kollegen müssen unsere gesamte Kollegenchaft mit Gewehr bei Fuß im Porzellanarbeiterverband zusammengeschart vorfinden. Sie werden sich dann wieder eingliedern, und gemeinsam werden wir dann Sorge tragen, daß uns vom Ertrag unserer Arbeit der uns gebührende Teil gesichert wird.
M. Uhlmann.

Aus unserm Berufe.

Altwasser. Ueber die Ernährungsschwierigkeiten der Porzellanarbeiterschaft fand eine Unterredung der Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse aus den 5 Porzellanfabriken in Gemeinschaft mit dem Gauleiter des Porzellanarbeiterverbandes bei dem Herrn Landrat statt. Die Deputation brachte die Wünsche der Porzellanarbeiterschaft nach vermehrter Nahrungsmittelzuweisung dem Landrat zur Kenntnis. Desgleichen einen Teil der verschiedenen Beschwerden über ungerechte Verteilung von Zusatzarten und vorgekommene vorschriftswidrige Verwendung. Die Vertreter der Arbeiterschaft ersuchten den Herrn Landrat, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die Arbeiterausschüsse bei der Festsetzung der Bezugsberechtigten befragt werden sollen, und daß die Ausschüsse jederzeit Einblick in die Verteilungslisten haben. Nur dadurch läßt sich das unter der Porzellanarbeiterschaft bestehende große Mißtrauen, welches durch allerlei Vorkommnisse immer wieder neue Nahrung erhält, einigermaßen beseitigen. Der Herr Landrat versprach, den Wünschen näher zu treten und besonders für eine gerechte Verteilung der Zusatzarten Sorge tragen zu wollen. Eine allgemeine Erhöhung der Nahrungsmittelmenge für die Porzellanarbeiterschaft sei jetzt am Ende des Erntejahres nicht möglich. Zu Beginn der neuen Ernte soll diese Frage wieder geprüft werden.
„Schlef. Bergwacht“.

Aus anderen Verbänden.

Im Verband der Schiffszimmerer ist die vom Vorstand beantragte Neuordnung der Beiträge und der Unterstützungsleistungen durch die Abstimmung der Mitglieder mit großer Mehrheit beschlossen. Von den 1803 Mitgliedern haben sich 1117 gleich 62 Proz. an der Abstimmung beteiligt, 918 = 82 Proz. stimmten für und nur 190 = 18 Proz. gegen die geplante Neuordnung; 10 Stimmen waren ungültig. Von 35 an der Abstimmung be-

teiligten Zahlstellen haben sich 13 Zahlstellen mit einem Mitgliederbestand von 1439 Personen für die 1. Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 1 Mk. entschieden und 18 Zahlstellen, mit 235 Mitgliedern, haben die 2. Beitragsklasse mit einem Wochenbeitrag von 80 Pf. gewählt. Von den übrigen Zahlstellen steht die Entscheidung über die Wahl der Beitragsklasse noch aus. Von den Zahlstellen der 1. Beitragsklasse wird eine Zahlstelle einen Ortszuschlag von 25 Pf., 6 Zahlstellen einen solchen von 10 Pf. pro Woche erheben, 2 Zahlstellen haben sich über die Höhe des Ortszuschlages noch nicht entschieden. Eine Zahlstelle der 2. Beitragsklasse will 5 Pf. Ortszuschlag erheben. Die neuen Beiträge treten am 1. Juli 1918, die erhöhten Unterstützungssätze am 1. Januar 1919 in Kraft.

Das Ergebnis der Abstimmung ist erfreulich. Der Vorstandsvorstand erwartet von der beschlossenen Neuordnung eine wesentliche Stärkung der Organisation, die in ihrer Wirkung allen Berufsangehörigen erheblichen Nutzen bringen wird.

Der Verband der Kupferschmiede im Jahre 1917. Auch im vergangenen Jahre nahm der Verband die günstige Entwicklung wie im Jahre 1916. Seine Mitgliederzahl stieg von 3378 auf 3857; bei Kriegsausbruch wurden 5507 Mitglieder gezählt. Lohnbewegungen sind im Jahre 1917 in 66 Fällen in 29 Orten mit 58 Betrieben und 2417 Beschäftigten geführt worden. Tarifverträge bestanden am Jahreschluß 48 für 248 Betriebe mit 7108 Beschäftigten. Die Gesamteinnahmen in Haupt- und Lokalkassen betragen 255 687 Mk., denen eine Ausgabe von 163 596 Mk. gegenübersteht. Neben den statutarischen Verbandsunterstützungen in Höhe von 36 136 Mk. beanspruchte die auf Grund von Extrabeiträgen durchgeführte Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer den Löwenanteil der Ausgaben, nämlich 55 800 Mk. Seit Kriegsausbruch sind für diese Unterstützung 338 457 Mk. eingenommen und 302 784 Mk. ausgegeben worden. Das Verbandsvermögen beträgt am Jahreschluß 385 088 Mk. Davon in der Hauptkasse 298 051 Mk., in den Bezirks- und Lokalkassen 87 031 Mk., es hat um 92 091 Mk. zugenommen.

Vermischtes.

Die **Auszahlungen der Volksfürsorge** betragen im Monat März bei 38 Sterbefällen, in denen die volle Versicherungssumme fällig war, 8975,49 Mk., wofür im ganzen 2884,50 Mk. an Prämien eingezahlt waren.

Der **Gesetzentwurf**, betr. die **Errichtung von Arbeitskammern**, sowie Aufhebung des ominösen § 153. der G.-O. ist dem Reichstage zugegangen. Daß der Regierungsentwurf nicht dem entspricht, was die Arbeiterschaft erwarten durfte, ist sehr bedauerlich. Hoffentlich gelingt es, den Entwurf, ehe er Gesetz wird, noch so zu verbessern, daß auch die Vertreter der Arbeiter im Reichstage ihre Zustimmung geben können. Der Aufhebung des § 153 scheinen größere Schwierigkeiten nicht mehr im Wege zu stehen.

120 Millionen gewerkschaftliche Unterstützungen. Einen glänzenden Beweis für die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ergibt eine von der Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltete Umfrage, die die Unterstützungssummen der Freien Gewerkschaften während der Zeit des Krieges vom 3. August 1914 bis 31. Dezember 1917 ermittelt. In dieser Zeit sind insgesamt an Unterstützungen ausgezahlt 19 494 914 Mk. Allein 25 353 220 Mark wurden an die Familienangehörigen der zum Heere Eingezogenen verausgabt. Gewiß ein trefflicher Beweis, wie die Mitglieder derjenigen hilfsbereit zur Seite standen, die unter der Last des Krieges am schwersten zu leiden haben.

25 187 215 Mk. sind an Arbeitslose gezahlt. Hier kommt vor allem der Anspruch zur Geltung, der zu Beginn des Krieges infolge der großen Arbeitslosigkeit in die Erscheinung trat. Aber auch in der späteren Zeit hatten wir einige Industrien, die ihren Betrieb zu einem erheblichen Teil einschränkten, eine große Zahl Arbeitsloser vorübergehend den Gewerkschaften zur Unterstützung überwiesen. Wenn auch in solchen Fällen aus Staatsmitteln für die Arbeitslosen Unterstützungen gewährt wurden, so wird doch der Zuschuß der Gewerkschaften hoch willkommen gewesen sein.

Es ist heute an der Zeit, daß die Gleichgültigen einmal darüber nachdenken, wie es bei Beendigung des Krieges in der Übergangszeit werden wird. Der Arbeitslose, der keiner Berufsorganisation angehört, verliert den Halt, den der Organisierte an seiner Gewerkschaft hat.

Der Rest der Unterstützungssumme (68 954 499 Mk.) ist für Kranken-, Invaliden-Notfallunterstützungen und andere Hilfsleistungen aufgewandt. Der gewerkschaftlichen Tätigkeit gebührt für diese Leistung volle Anerkennung, und wenn nicht so viele fehlten, die an diesen Hilfeleistungen nicht teilnahmen, dann sähe es noch erheblich besser aus.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Berlin. Sonnabend, den 25. Mai, abends 8½ Uhr, Zahlstellenversammlung bei Wollschläger, Adalbertstr. 51. Vortrag.

Charlottenburg. Sonnabend, den 25. Mai, abends 8½ Uhr, in Volkshaus, Rosinenstr. 4.

Magdeburg. Sonnabend, 1. Juni, bei Harnack, Schmidtstr. 58.

Sterbetafel.

Magdeburg. Richard Reifenbaum, Dreher, geboren am 10. Februar 1863 in Burgstädt, infolge schweren Nervenleidens plötzlich verstorben am 14. Mai. Mitglied seit 1910. Ehre seinem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Paul Weber, Dreher, geboren am 4. Dezember 1872 in Laubnik, Kreis Torgau, am 19. August 1916 an schwerer Verwundung gestorben. Mitglied der Zahlstelle Meissen.

Hans Delschlegel, Kapseldreher, geboren am 20. Mai 1885 in Conradsreuth (Oberfranken), gefallen am 24. April 1918. Mitglied der Zahlstelle Rudolstadt.

Max Gräfenstein, Dreher, geboren am 9. November 1881 in Plau, infolge schwerer Verwundung gestorben in einem Kriegslazarett in Nordfrankreich im April 1918. Mitglied der Zahlstelle Plau.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Wir suchen für unsere Modellabteilung je einen tüchtigen

Einrichter und Formengießer

welche sowohl auf feine Luxus- sowie Gebrauchsgegenstände eingearbeitet. Ebenso einige tüchtige

Brenner und einige Maler

für allerfeinste Gebrauchsgegenstände.

Porzellanfabrik Fraureuth, Aktiengesellschaft, Fraureuth bei Weiden i. S.

Einen tüchtigen

Aufglasmaler

stellt sofort ein

Porzellan-Manufaktur Burgau a. S. Burgau a. S., Post Göschwitz bei Jena.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft

Max Haupt, Dresden-A., Böhmsch-Platz 17.

Verfolge dich, wer kann, mit Schwämmen!

Schwämme, für Porzellan- und Steingutdreher; Garnierungs-Druckerei, Brennerschwämme, Zymocca Levantiner à 1,60, 2,50, 3,50, 4,25, 5,— Mk. „Elefantenschwämme“, größere, à 5,25 Mk., extra große prima Zymocca für Großgeschirr bis zirka 10,— Mk. per Stück offeriert, ohne Bemusterung, ev. mit Fabrikanten besondere Vereinbarung. S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen

sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8 II.

Schnelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.
Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm.

Alle Malrückstände, Goldflaschen,

goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.

Schnelle, reelle Bedienung.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. berto. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.

Unser Verband, der infolge der umfangreichen und langandauernden Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder seine Mittel für Arbeitslosenunterstützung in hohem Maße in Anspruch nehmen mußte, war infolgedessen nicht in der Lage, eine Familienunterstützung an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer zahlen zu können. Nichtsdestoweniger hat auch unser Verband durch Zahlung von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sich genau so segensreich für die Mitglieder erwiesen, daß die Gleichgültigen und Unorganisierten in unserem Berufe nicht weniger Anlaß haben, darüber nachzudenken, wie es bei und nach Beendigung des Krieges werden wird.

DWA. Der Durchbruch der Reichswohnungsreform. Den Verhandlungen des Reichstags vom 10. Mai über die Wohnungsfrage wird man, obwohl sie vor einem sehr leeren Hause stattgefunden, geschichtliche Bedeutung beimessen dürfen. Der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen hatte einstimmig in Form einer längeren, auf die Einzelheiten eingehenden Entschliebung ein Vorgehen des Reiches zur Bekämpfung der Wohnungsnot beantragt, das tatsächlich den Anfang einer umfassenden positiven Reformpolitik des Reiches bedeuten würde. Insbesondere soll danach das Reichswirtschaftsamt im Einvernehmen mit den Bundesstaaten ein planmäßiges Vorgehen aller zuständigen Kräfte zu Zwecken der Wohnungsherstellung nach dem Kriege herbeiführen, die Leitung dabei übernehmen und 500 Millionen Mark für diese ganzen Zwecke bewilligen. In der Verhandlung am 10. Mai stimmten nun nicht nur alle Parteien im Reichstag einmütig der Entschliebung zu, sondern auch der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes stellte sich grundsätzlich auf ihren Boden. Er erklärte, er könne zu den Vorschlägen des Antrages im einzelnen natürlich im Augenblick noch nicht Stellung nehmen, aber er finde in ihnen nichts, was den Plänen und Ansichten der Reichsverwaltung widerspräche. Das Reich werde sich nach dem Maße seiner Kräfte auch finanziell an der Lösung der Aufgaben beteiligen, unter der Voraussetzung, daß auch die Einzelstaaten und Gemeinden ihre Schuldigkeit täten, und das Reichswirtschaftsamt werde die Leitung dieser Sache in der Uebergangswirtschaft übernehmen.

Wenn nach dieser Erklärung vielleicht auch das Ausmaß der finanziellen und organisatorischen Beteiligung des Reiches noch zweifelhaft bleibt, so erscheint doch auf alle Fälle ein großer Fortschritt nunmehr gesichert, ein Ergebnis, mit dem die weiten Kreise, die, wie der Deutsche Wohnungsausschuß, seit Jahren und Jahrzehnten für das Ziel einer kräftigen Reichswohnungsreform gestritten haben, wohl zufrieden sein dürften, und das sie gewiß zur Fortsetzung und zum Ausbau ihrer Bemühungen ganz besonders anspornen wird.

Berichtigung.

In unserem Artikel „Zur Lohnbewegung“ in voriger Nummer „Die Ameise“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, der berichtigt werden muß. Unter Ziffer 1: „Grundloohnerhöhung“ muß es im § 1 heißen: „Es soll eine Erhöhung der Grundlöhne nach dem Stande vom 1. 2. 1918 um mindestens 25 Proz. stattfinden“. In unserem Artikel heißt es irrtümlicherweise: „nach dem Stande vom 1. 4. 1918“.

Literarisches.

„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Jahresbezug 6,— Mk., Einzelheft 30 Pf. Verlag: J. Garwis Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 16.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamer Str. 121 h), haben soeben das 12. Heft ihres 24. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die ukrainische Warnung, von Max Cohen, Mitglied des Reichstages. — Koloniale Selbstregierung, Manifestum und Imperialismus, von Max Schippel. — Ein Fortschritt zum freien Koalitionsrecht, von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstages. — Österrische Arbeiter in Deutschland, von Julius Berger u. a. Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., der Preis eines Vierteljahresabonnements 3,60 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Städten und Bahnhöfen, bei allen Kolporteurs, durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35. Man verlange von: Verlag ein Heft zur Ansicht.

Veranstaltungsberichte.

Festschau. In der letzten Monatsversammlung erstattete der Arbeitsausschuß Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen über die eingebrachten Forderungen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Ergebnis einverstanden. Nachdem noch einige Kollegen dazu gesprochen, wies Genosse Dürsch auf den Wert der Organisation hin.

Beim 2. Juni d. Tagesordnung wählte Genosse Schmieder längere Ausführungen über die Reorganisation unserer Verbandseinrichtungen. Er stellte den Antrag, die Verwaltung zu beantragen, beim Hauptvorstand die Einberufung einer Generalversammlung für die nächste Zeit zu beantragen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.